

01/2009

---

**2015**  
aktuell

---

30. Januar 2009

1. **Welternährungsgipfel ohne greifbare Ergebnisse**
2. **Weltagrargipfel offenbart Widersprüche der EU-Agrarpolitik**
3. **Finanzkrise als entwicklungspolitische Herausforderung**
4. **Social Watch-Bericht 2008**
5. **„Bildung für Alle“ als Voraussetzung für Entwicklung**
6. **UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in der Welt**
7. **Neuer Index: Kinder und Entwicklung**
8. **MDG und Gender**

*Kurz notiert  
Termine*

---

### **1. Welternährungsgipfel ohne greifbare Ergebnisse**

UN-Generalsekretär Ban Ki-moon hat die anwesenden Regierungsvertreterinnen und -vertreter auf der am 27. Januar in Madrid beendeten UN-Welternährungskonferenz aufgefordert, angesichts der Weltwirtschaftskrise die globale Ernährungskrise nicht zu vergessen. Die Anstrengungen zur Bekämpfung des weltweiten Hungers müssten erhöht werden, um das Menschenrecht auf Nahrung zu verwirklichen. Ziel des „High Level Meeting on Food Security for All“ war die Schaffung einer „Neuen Globalen Partnerschaft für Landwirtschaft und Ernährungssicherheit“, die kohärent und effektiv die Ursachen des Welthungers bekämpft. Um das Millenniumsziel (MDG) zur Halbierung des Anteils der Hungernden bis 2015 noch zu erreichen, müsse der Aktionsplan, der beim Welternährungsgipfel 2008 in Rom verabschiedet wurde, umgesetzt werden. Dazu mahnte Ban an, die Entwicklungshilfe für die Landwirtschaft, die derzeit nur rund drei Prozent der offiziellen Entwicklungshilfe (ODA) ausmacht, zu erhöhen. Gleichzeitig müsste in die ländliche Entwicklung und den Aufbau sozialer Sicherungssysteme investiert werden. Der Generaldirektor der

Welternährungsorganisation (FAO), Jacques Diouf, verkündete auf der Konferenz, dass nach neuesten Zahlen fast eine Milliarde Menschen unter Hunger leiden. Laut Diouf reichten jährlich 30 Milliarden Dollar um weltweit Hunger und Unternährung auszurotten.

([www.ransa2009.org/en/index.htm](http://www.ransa2009.org/en/index.htm) [www.un.org/sg/articleFull.asp?TID=90&Type=Op-Ed#](http://www.un.org/sg/articleFull.asp?TID=90&Type=Op-Ed#))

Die Nichtregierungsorganisation (NRO) FIAN forderte anlässlich der Madrider Konferenz einen grundlegenden Politikwechsel, der das Recht auf Nahrung in den Mittelpunkt der internationalen Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik stellt. Andernfalls werde die Zahl der Hungernden in Kürze eine Milliarde übersteigen, so Flavio Valente, Generalsekretär von FIAN International. Eine reformierte internationale Ernährungs- und Landwirtschaftsarchitektur müsse vor allem diskriminierten Bevölkerungsgruppen mehr Mitbestimmungs- und Beschwerdemöglichkeiten einräumen.

([www.fian.de/fian/index.php?option=content&task=view&id=614&Itemid=2](http://www.fian.de/fian/index.php?option=content&task=view&id=614&Itemid=2))

Der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AwZ), Thilo Hoppe, erklärte, dass die Welternährungskonferenz ihr Thema verfehlt habe und den Herausforderungen durch die Nahrungsmittelkrise nicht gerecht geworden ist. Weder sei eine kritische Bilanz zur Umsetzung der auf dem letzten Welternährungsgipfel beschlossenen Maßnahmen erfolgt, noch wurden wichtige Themen wie die aktuellen Landkäufe ausländischer Großinvestoren in einigen afrikanischen Ländern diskutiert. Außerdem sind die finanziellen Zusagen des Welternährungsgipfels, der im Mai 2008 in Rom stattgefunden hatte, bisher noch nicht einmal zu 25 Prozent umgesetzt worden.

([www.gruene-bundestag.de/cms/presse/dok/267/267492.welternaehrungskonferenz\\_in\\_madrid\\_thema.html](http://www.gruene-bundestag.de/cms/presse/dok/267/267492.welternaehrungskonferenz_in_madrid_thema.html))

Der AwZ hatte sich am 21. Januar im Rahmen einer öffentlichen Anhörung zum Thema Ländliche Entwicklung mit der Welternährungskrise beschäftigt. Die eingeladenen Experten betonten die Bedeutung der Ländlichen Entwicklung für die weltweite Armutsbekämpfung und die Ernährungssicherheit. Sie dürfe daher nicht nur im Zusammenhang mit einer Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktivität gesehen werden, sondern müsse auch Fragen der Ernährung, Bildung, Infrastruktur und Gesundheit einbeziehen. Eine zentrale Bedeutung nehmen auch Fragen von Landbesitz- und Landnutzungsrechten ein. Reformen in diesem Bereich müssten unter Einbeziehung traditioneller Gefüge vorgenommen werden. Die Vertreter von Brot für die Welt und Misereor wenden sich gegen eine weitere Liberalisierung der Agrarmärkte und sprechen sich für einen Wandel der EU-Agrarpolitik auf einer menschenrechtsorientierten Grundlage aus.

([www.bundestag.de/aktuell/hib/2009/2009\\_014/02.html](http://www.bundestag.de/aktuell/hib/2009/2009_014/02.html))

Bereits im November veröffentlichten Germanwatch, Brot für die Welt und die Diakonie Katastrophenhilfe eine gemeinsame Studie zu den Auswirkungen des Klimawandels auf die Ernährungssicherheit. Unter dem Titel „**Climate Change, Food Security and the Right to Adequate Food**“ formuliert die Studie Anforderungen an die Politik unter besonderer Berücksichtigung menschenrechtsbasierter Anpassungsstrategien. Damit verbindet sie die

internationalen Debatten zur Klima- und Ernährungspolitik und liefert einen Orientierungsrahmen, der zeigt, wie die internationale Gemeinschaft sich der menschenrechtlichen Verantwortung stellen muss, um den Folgen des Klimawandels für die Ernährungssicherheit zu begegnen.  
([www.germanwatch.org/klima/climfood.pdf](http://www.germanwatch.org/klima/climfood.pdf))

## 2. Weltagrargipfel offenbart Widersprüche der EU-Agrarpolitik

Am Rande der Grünen Woche fand am 17. Januar in Berlin der erste Weltagrargipfel statt. Auf dem künftig jährlich stattfindenden Treffen wurden fünf Aktionsfelder benannt, in denen die teilnehmenden Agrarministerinnen und -minister aus 31 Ländern Handlungsbedarf für die Sicherung der Welternährung sehen. Die Ministerinnen und Minister sprachen sich unter anderem für einen Abbau der Agrar-Exportsubventionen reicher Länder aus. Die Abschlusserklärung nimmt dabei Bezug auf die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung als Herausforderung globalen Ausmaßes und fordert, dass „der Marktzugang verbessert werden muss, alle Formen handelsverzerrender Exportfördermaßnahmen abgeschafft und handelsverzerrende Subventionen vermindert werden müssen, um einen fairen landwirtschaftlichen Handel zu gewährleisten.“ Auch spricht sich die Erklärung für eine Ausweitung der Agrarproduktion in den Entwicklungsländern aus, um der Nahrungsmittelkrise und dem Hunger auf der Welt zu begegnen. Dieser von den Agrarministern geforderte Abbau von Subventionen steht im starken Widerspruch zu der von EU-Agrarministerin Mariann Fischer-Boel angekündigten Wiedereinführung der vor zwei Jahren ausgesetzten Exportsubventionen für Milch und Milchprodukte.  
([www.bmelv.de/nn\\_749110/DE/12-Press/Pressemitteilungen/2009/01-08-AgrarministergipfelErgebnis.html\\_\\_nn=true](http://www.bmelv.de/nn_749110/DE/12-Press/Pressemitteilungen/2009/01-08-AgrarministergipfelErgebnis.html__nn=true); [www.ransa2009.org/docs/111-09\\_O\\_DE\\_Ergebnis\\_Deutsch\\_BMELV\\_\\_Gruene\\_Woche\\_2009\\_final.pdf](http://www.ransa2009.org/docs/111-09_O_DE_Ergebnis_Deutsch_BMELV__Gruene_Woche_2009_final.pdf))

In einer gemeinsamen Pressemitteilung von FIAN, der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Brot für die Welt und Germanwatch sprachen sich die NRO gegen die geplante Wiedereinführung der EU-Agrarsubventionen aus, die sie als „Schlag ins Gesicht der Hungernden“ betrachten. Den Organisationen zufolge müsse die EU gerade in Zeiten der Hungerkrise alles vermeiden, was zu Verletzungen des Menschenrechts auf Nahrung führen kann. Damit wenden sie sich entschieden gegen die zur Diskussion stehende Exporterstattung für Butter, Käse sowie Milchpulver. Statt der Milchquotenerweiterung schlagen die Organisationen eine bedarfsorientierte Marktausrichtung und eine flexible Milchmengenregulierung vor. Nur so könne der Markt langfristig funktionieren, das Preis-Dumping verhindert werden und die Erzeuger im Süden am Markt bestehen, statt weiter in die Armut gedrängt zu werden. Auch Oxfam verurteilte die geplante Wiedereinführung der EU-Exportsubventionen. Laut Oxfam gefährdet dieser Schritt der EU-Kommission die Existenz- und Lebensgrundlagen von Kleinbauern in Entwicklungsländern.  
([www.fian.de/fian/index.php?option=content&task=view&id=613](http://www.fian.de/fian/index.php?option=content&task=view&id=613))

Ebenfalls am Rande der Grünen Woche stellte ein Bündnis aus Bauern- Umwelt- und Verbraucherverbänden den „kritischen Agrarbericht“ vor, der unter dem Titel **„Landwirtschaft und Klimawandel“** Stellung zu den EU-Exportsubventionen bezieht und die Folgen der traditionellen Landwirtschaft für den Klimawandel analysiert. In dem Bericht heißt es, dass eine Produktionssteigerung „um jeden Preis“ nicht weiter als „Allheilmittel gegen den Hunger“ propagiert werden dürfe. Vielmehr müsse es um angepasste Förderung bäuerlicher Lebensmittelproduktion

vor Ort gehen. Der Bericht zeigt, dass die Exportsubventionen viele Bauern in den Entwicklungsländern in den Ruin treiben, und die Subventionen auch noch klimaschädlich sind. So wird ein Großteil des Futtermittels der exportorientierten Milch- und Fleischproduktion aus den USA importiert. Dies ist oft gentechnisch verändert und befördert die Vernichtung der Regenwälder in Lateinamerika. Ebenfalls setzt sich der Bericht kritisch mit der bereits existierenden und drohenden Nutzungskonkurrenz von Anbauflächen für die Gewinnung von Bioenergie auseinander. Zwar spricht er sich nicht grundsätzlich gegen die Erzeugung und Nutzung von Bioenergie aus, fordert aber eine differenzierte und kritische Betrachtung des Themas sowie einen Vorrang der Nahrungsmittelproduktion. ([www.kritischer-agrarbericht.de/index.php?id=280](http://www.kritischer-agrarbericht.de/index.php?id=280))

### 3. Finanzkrise als entwicklungspolitische Herausforderung

In einer Regierungserklärung am 29. Januar hat Bundesentwicklungsministerin Wiczeorek-Zeul einen neuen globalen Pakt für das 21. Jahrhundert gefordert, um die MDG trotz der Finanzkrise bis zum Jahr 2015 zu erreichen und zu verhindern, dass die aktuellen Krisen eine dramatische Ausweitung der weltweiten Armut zur Folge haben. Vor dem Hintergrund nachlassenden Wirtschaftswachstums, stockender internationaler Geldströme sowie sinkender Steuereinnahmen und Exportchancen in Entwicklungsländern stellte sie einen Acht-Punkte-Plan vor. Dieser muss der Ministerin zufolge ein globales Investitionsprogramm für die Ärmsten der Welt, einen Grünen New Deal, den Abschluss der Welthandelsrunde, Frauenförderung, die Einbeziehung der Zivilgesellschaft, neue Regeln für die Weltfinanzmärkte sowie gerechte und handlungsfähige internationale Institutionen beinhalten. In diesem Zusammenhang verwies sie auch auf den zuvor von Bundeskanzlerin Merkel vorgeschlagenen UN-Sicherheitsrat für wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung. Sicher gestellt werden müsse außerdem, dass gegebene Zusagen der Industrieländer zur Entwicklungsfinanzierung eingehalten werden. Das zuvor von der Bundesregierung verabschiedete Konjunkturpaket II sieht neben anderen Maßnahmen auch eine Aufstockung der deutschen Zuwendungen an die Weltbank um insgesamt 100 Millionen Euro vor. Die zusätzlichen Mittel sind für den geplanten neuen Infrastrukturfonds der Weltbank vorgesehen, mit dem Investitionen in die Infrastruktur der ärmsten Entwicklungsländer finanziert werden sollen. ([www.bmz.de/de/zentrales\\_downloadarchiv/Presse/20090129\\_Regierungserklaerung.pdf](http://www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/Presse/20090129_Regierungserklaerung.pdf))

Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und soziale Bewegungen hatten sich bereits Mitte Januar in Paris getroffen, um zivilgesellschaftliche Strategien und Forderungen im Zusammenhang mit der Finanzkrise zu entwickeln. Angesichts der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise riefen sie zu einer grundlegenden Wende zu einem Gesellschaftssystem auf, das Mensch und Natur dient, den Bedürfnissen aller gerecht wird und auf den Prinzipien der Gemeinwohlorientierung, globaler Fairness und Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit und demokratischer Kontrolle aufbaut. In der verabschiedeten „Pariser Erklärung“ („**Wir zahlen nicht für eure Krise! – Zeit für die Wende!**“) verweisen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf Millionen von Frauen und Männern, die durch die Krise ihre Lebensgrundlage verloren haben und in die Armut getrieben werden, ohne die Verantwortung dafür zu tragen. Um die Krise nachhaltig zu bewältigen, müssten auch sich verschärfende Ungleichheiten, die Nahrungs-, Energie- und Klimakrise und eine grundlegende Transformation unseres Wirtschaftssystems durchgesetzt werden. Das Netzwerk aus europäischen

Bewegungen und Organisationen rief dazu auf, sich an der Massenmobilisierung im Vorfeld des nächsten G20-Gipfels in London zu beteiligen und einen Prozess der zivilgesellschaftlichen Vernetzung voranzutreiben. Dazu soll vom 28. März bis 2. April dieses Jahres eine Aktionswoche und am 28. April ein zentraler Mobilisierungstag stattfinden.

([www.erlassjahr.de/blog/wp-content/pariser-erklarung-11-jan-2009.pdf](http://www.erlassjahr.de/blog/wp-content/pariser-erklarung-11-jan-2009.pdf);  
[www.suedwind-institut.de](http://www.suedwind-institut.de))

#### **4. Social Watch-Bericht 2008**

Ein neuer menschenrechtsbasierter Ansatz muss die Antwort auf die globale Finanz-, Ernährungs-, Energie- und Klimakrise sein. Zu dieser Empfehlung kommt der aktuelle Social Watch Report 2008 „**Rights is the answer**“. Der im Dezember 2008 veröffentlichte 13. Jahresbericht des internationalen Netzwerkes Social Watch dokumentiert wie die multiple Krise zur Verschärfung der sozialen Ungerechtigkeit und zur Schwächung und Missachtung der Menschenrechte beiträgt. Die Ursachen sieht der Bericht insbesondere in der globalen Finanzstruktur, den wachsenden Einkommensunterschieden innerhalb und zwischen Ländern, der globalen Steuerflucht und der fortschreitenden Privatisierung. Die Regierungen unternehmen zu wenig Anstrengungen, um ihren Versprechen nachzukommen, die Armut weltweit zu bekämpfen und Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen. Besonders kritisch beurteilt der Bericht die aktuellen Tendenzen der europäischen Entwicklungshilfe, zu sehr in Infrastrukturmaßnahmen und Handelserleichterungen zu investieren, statt Bildung, Gesundheit und soziale Sicherungssysteme stärker zu fördern. Social Watch fordert daher die Stärkung der UN und untermauert, dass die Anerkennung und Durchsetzung der Menschenrechte Ausgangspunkt jeglicher Reformbemühungen sein müssen. Diesen Prozess will Social Watch besonders auf dem derzeit laufenden Weltsozialforum vom 27. Januar bis 1. Februar 2009 in Belém / Brasilien konstruktiv begleiten.

([www.socialwatch.org/en/informelImpreso/tablaDeContenidos2008.htm](http://www.socialwatch.org/en/informelImpreso/tablaDeContenidos2008.htm))

#### **5. „Bildung für Alle“ als Voraussetzung für Entwicklung**

Besonders in Zeiten der globalen Finanzkrise dürfen die Anstrengungen zur Erreichung einer qualitativ hochwertigen und geschlechtergerechten „Bildung für Alle“ nicht nachlassen. Dies unterstrichen die Vertreterinnen und Vertreter aus Regierungen, internationalen Organisationen und Zivilgesellschaft, die vom 16. bis 18. Dezember in Oslo am UNESCO-High Level Group Meeting „Bildung für Alle“, teilgenommen haben. Ziel des Treffens war es, aktuelle Prioritäten und weitere Maßnahmen für das weltweite Aktionsprogramm „Bildung für Alle“ zu definieren und finanzielle Mittel zu mobilisieren. In der Abschlusserklärung der Konferenz werden die Regierungen aufgefordert, mindestens vier bis sechs Prozent des Bruttoinlandsproduktes und 15 bis 20 Prozent der öffentlichen Ausgaben für den Bildungsbereich auszugeben. Auch müssten die offiziellen Entwicklungshilfemittel aufgestockt werden und in den Bildungsbereich investiert werden. Nach Angaben der UNESCO werden in den nächsten Jahren 18 Millionen neue Lehrerinnen und Lehrer benötigt, um das Millenniumsziel (MDG) der universellen Grundschulbildung für alle bis 2015 erreichen zu können. Derzeit ist der Zugang zu Bildungschancen jedoch noch immer von Geschlecht und sozialer beziehungsweise ethnischer Herkunft bestimmt.

([http://portal.unesco.org/en/ev.php-URL\\_ID=44296&URL\\_DO=DO\\_TOPIC&URL\\_SECTION=201.html](http://portal.unesco.org/en/ev.php-URL_ID=44296&URL_DO=DO_TOPIC&URL_SECTION=201.html))

Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul hob vor ihrer Abreise nach Oslo die erreichten Fortschritte im Bildungsbereich hervor. So sei seit Gründung der Initiative „Bildung für Alle“ besonders in den Entwicklungsländern die Einschulungsrate gestiegen. 40 Millionen mehr Kinder, die Hälfte davon Mädchen, besuchen nun eine Schule. Dennoch, so Wieczorek-Zeul, haben 75 Millionen Kinder immer noch keinen Zugang zu Grundschulbildung. Bildung sei jedoch ein Menschenrecht und ein Schlüssel für Entwicklung und damit Voraussetzung für das Erreichen der MDG zur Halbierung der Armut bis 2015.  
([www.bmz.de/de/presse/pm/2008/dezember/pm\\_20081217\\_122.html](http://www.bmz.de/de/presse/pm/2008/dezember/pm_20081217_122.html))

Bereits im November 2008 fand die 48. UNESCO-Weltkonferenz der Bildungsministerinnen und -minister in Genf statt. Über 1400 Teilnehmende aus 152 Mitgliedstaaten der UNESCO diskutierten dabei unter dem Motto „**Inklusion: der Weg in die Zukunft**“ über globale Bildungsfragen. In dem Abschlussdokument der Konferenz werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, ihre Bildungssysteme inklusiv zu gestalten und damit Ausschlussmechanismen abzubauen. Thematisiert wurden vor allem die unterschiedlichen Lernbedürfnisse gesellschaftlicher Gruppen wie Menschen mit Behinderungen, Nomaden, arbeitende Kinder und Flüchtlinge ohne Zugang zu Bildung. Die Konferenz stand im Zeichen der Weltdekade der Alphabetisierung (2003-2012) und der Weltdekade Bildung für Nachhaltige Entwicklung (2005-2014). ([www.ibe.unesco.org/en/ice/48th-session-2008.html](http://www.ibe.unesco.org/en/ice/48th-session-2008.html); [www.ibe.unesco.org/fileadmin/user\\_upload/Policy\\_Dialogue/48th\\_ICE/CONFINTED\\_48-5\\_Conclusions\\_english.pdf](http://www.ibe.unesco.org/fileadmin/user_upload/Policy_Dialogue/48th_ICE/CONFINTED_48-5_Conclusions_english.pdf))

Im Rahmen dieser Konferenz wurde auch der UNESCO-Weltbildungsbericht 2009 vorgestellt. Unter dem Titel „**Ungleichheit überwinden: warum politisches Handeln zählt**“ widmet sich der Bericht vor allem der Bildungspolitik und -finanzierung sowie den immer noch vorherrschenden Ausschlussmechanismen, die einer egalitären Bildung für alle im Wege stehen. Dem Bericht zufolge führen Faktoren wie Einkommen, Geschlecht, ethnische Zugehörigkeit, Muttersprache und Behinderungen zu starker Benachteiligung und mangelnden Bildungschancen. Neben der hohen Anzahl der Kinder, die noch immer keine Schule besuchen, bezieht sich der Report vor allem auf die 776 Millionen Erwachsenen weltweit, die nicht lesen und schreiben können. Zwei Drittel von ihnen sind Frauen. Der Bericht gelangt zu der Schlussfolgerung, dass die nationalen Regierungen der sozialen Gerechtigkeit Priorität einräumen müssen. Als konkrete Maßnahmen wird empfohlen, die Schulgebühren abzuschaffen, die Investitionen in die Bildungssysteme zu erhöhen, Anreize für Mädchen und benachteiligte Gruppen zu schaffen und mehr Gewicht auf die Bildungsqualität zu legen. Auch kritisiert der Bericht die Stagnation der öffentlichen Entwicklungshilfe für Grundbildung und kritisiert, dass besonders die Geberländer Frankreich, Deutschland und Japan das Thema vernachlässigen.  
([www.unesco.org/en/education/efareport/](http://www.unesco.org/en/education/efareport/) )

## **6. UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in der Welt**

Die Risiken für schwangere Mütter und für Neugeborene stehen im Fokus des diesjährigen Berichts „**The State of the World's Children 2009**“ des UN-Kinderhilfswerks (UNICEF). Dem Bericht zufolge sterben täglich 1500 Frauen durch Komplikationen während der Schwangerschaft oder bei der Geburt. Das Risiko, bei der Geburt zu sterben, ist für Frauen aus Entwicklungsländern 300 Mal so hoch wie

für Frauen in den Industrieländern. UNICEF fordert daher besonders in den Entwicklungsländern die gesundheitlichen Bedingungen für Mütter und Neugeborene zu verbessern und die Gesundheitssysteme auszubauen, um allen Frauen den Zugang zu einer kontinuierlichen medizinischen Grundversorgung zu gewährleisten. Da die hohe Mütter- und Kindersterblichkeit jedoch vielfältige Ursachen haben, reicht es laut UNICEF jedoch nicht aus, nur die Gesundheitsversorgung zu verbessern. Stattdessen müssten die Rechte der Frauen gestärkt und der Zugang zu Bildung verbessert werden. Die bisherigen Anstrengungen reichen nicht aus, um MDG 5 – die Reduzierung der Müttersterblichkeit um 75 Prozent und den universellen Zugang zu reproduktiver Gesundheit – zu erreichen.  
([www.unicef.org/sowc09/report/report.php](http://www.unicef.org/sowc09/report/report.php))

## 7. Neuer Index: Kinder und Entwicklung

Ende letzten Jahres stellte die NRO Save the children UK ihren „**Child Development Index**“ vor. Obwohl sich die Lage der Kinder laut Save the Children zwar insgesamt verbessert hat, sind die Fortschritte immer noch zu langsam. In einigen Regionen sind sogar Rückschritte zu verzeichnen. Am besten wird das Kindeswohl in Japan bewertet und am schlechtesten im Niger. In Afrika leben die meisten Mädchen und Jungen, die keinen Zugang zu Bildung, Nahrung und Gesundheitsversorgung haben. Jedes Jahr sterben weltweit 9,2 Millionen Kinder vor ihrem fünften Geburtstag, 97 Prozent dieser Todesfälle passieren in den Entwicklungsländern, so Save the Children. Ein Viertel aller Kinder weltweit leidet an Untergewicht und 75 Millionen schulpflichtige Kinder, die meisten von ihnen Mädchen, gehen nicht in die Schule. Als erster globaler Index adressiert der „Child Development Index“ speziell die unterschiedlichen Lebensbedingungen von Kindern weltweit. Die kinderspezifischen Indikatoren in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Ernährung erlauben ein weltweites und regionales Ranking der einzelnen Länder. ([www.savethechildren.org.uk/childindex](http://www.savethechildren.org.uk/childindex))

## 8. MDG und Gender

Verzögerungen bei der Umsetzung der MDG stehen in engem Zusammenhang mit der unzureichenden Berücksichtigung von Gender-Interessen und der fehlenden Umsetzung eines rechtsbasierten Entwicklungsansatzes. Dies geht aus dem UNIFEM-Bericht „**Making the MDGs Work for All**“ hervor, der vor dem Hintergrund regionaler Erfahrungen in Ost- und Südostasien eine Handreichung für eine gendersensible und rechtsbasierte Umsetzung der MDG liefert. Diese muss dem Bericht zufolge auf dem Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) und der Pekingener Aktionsplattform aufbauen und sich konsequent in der Umsetzung, der Überprüfung und dem Berichtswesen zu den MDG widerspiegeln. Neben grundsätzlichen Handlungsempfehlungen zur Integration der drei Abkommen zeigt der Bericht anhand der acht MDG auf, wie sich Ziele und Indikatoren im nationalen Kontext mit einem Fokus auf Geschlechtergerechtigkeit und Menschenrechte ausgestalten lassen. Zentral ist es, den Fokus nicht nur auf MDG 3 zur Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit zu legen, sondern die Gender-Perspektive konsequent auch in die übrigen Ziele einfließen zu lassen.  
([http://cedaw-seasia.org/docs/general/Making\\_MDGs\\_Work\\_for\\_complete.pdf](http://cedaw-seasia.org/docs/general/Making_MDGs_Work_for_complete.pdf))

---

---

### **Kurz notiert:**

Mit der Datenbank „**GenderStats**“ stellt die Weltbank ab sofort geschlechtsspezifisch aufgeschlüsselte Daten aus den Bereichen Bevölkerung, Gesundheit, Bildung, Beschäftigung und politische Partizipation zur Verfügung, mit denen das Monitoring der MDG aus Geschlechterperspektive unterstützt werden soll. Nutzerinnen und Nutzer können durch die Auswahl unterschiedlicher Länder und Indikatoren auch eigene Tabellen erstellen.

([web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/TOPICS/EXTGENDER/EXTANATOOLS/EXTSTATINDDATA/EXTGENDERSTATS/0,,menuPK:3237391~pagePK:64168427~piPK:64168435~theSitePK:3237336,00.html](http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/TOPICS/EXTGENDER/EXTANATOOLS/EXTSTATINDDATA/EXTGENDERSTATS/0,,menuPK:3237391~pagePK:64168427~piPK:64168435~theSitePK:3237336,00.html))

Eine neue DVD, die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in Zusammenarbeit mit dem Verein KOSA und dem Welthaus Bielefeld erarbeitet wurde, bietet **Informations- und Aktionsmaterial für Jugendliche und junge Erwachsene zu den MDG**. Die onlinebasierte interaktive DVD soll als Toolkit dienen und vermittelt Jugendlichen Methoden der Pressearbeit und Kenntnisse zu den MDG, mit denen sie andere Jugendliche für das Thema gewinnen können.

([www.bmz.de/de/presse/pm/2008/dezember/pm\\_20081204\\_xx.html](http://www.bmz.de/de/presse/pm/2008/dezember/pm_20081204_xx.html))

Im Rahmen der UN-Klimakonferenz im Dezember 2008 hat der World Wide Fund For Nature (WWF) seinen **Weltklimarechner** vorgestellt. Aus dem interaktiven Online-Angebot geht hervor, welche Beschlüsse nötig sind, um den Anstieg der weltweiten Durchschnittstemperaturen bis zur Mitte des Jahrhunderts auf zwei Grad Celsius zu begrenzen. Nutzerinnen und Nutzer können durch spezifische Eingaben zu virtuellen Kohlendioxid-Einsparungen einzelner Ländern verschiedene Szenarien durchspielen und sich deren Folgen anzeigen lassen. ([www.wwf.de/themen/klimaschutz/jeder-kann-handeln/weltklimarechner](http://www.wwf.de/themen/klimaschutz/jeder-kann-handeln/weltklimarechner))

---

### **Termine**

#### **3. Februar 2009, Hamburg, InWent**

S.O.S. Schüler Ohne Schulen – Bildungschancen in Afrika,  
Podiumsdiskussion

[www.inwent.org/veranstaltungen/086103/index.php.de](http://www.inwent.org/veranstaltungen/086103/index.php.de)

#### **6. bis 7. Februar 2009, Münster, Eine Welt Netz NRW**

Welternährung und Klimawandel

13. Landeskonferenz des Eine Welt Netz NRW

[www.eine-welt-netz-nrw.de/veranstaltungen/details.php?i\\_di=2224](http://www.eine-welt-netz-nrw.de/veranstaltungen/details.php?i_di=2224)

#### **11. Februar 2009, Berlin, Action for Global Health, Welthungerhilfe, terre des hommes**

Effective Aid Effectiveness? Die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit im Bereich Primary Health Care,  
Konferenz

[www.welthungerhilfe.de/konferenz-primary-health-care.html](http://www.welthungerhilfe.de/konferenz-primary-health-care.html)

**11. Februar 2009, Berlin, WEED e.V., DGB, BUND, BER e.V., ver.di Berlin-Brandenb., INKOTA netzwerk e.V., IG Bauen-Agrar-Umwelt**

FAIRgabe im zweiten Anlauf? Chancen einer sozialen, fairen und ökologischen Vergaberechtsreform

Öffentliche Diskussionsveranstaltung

[www.weed-online.org](http://www.weed-online.org)

**12. Februar 2009, Köln, Umwelt- und Verbraucherschutzamt**

Welternährung: Droht uns eine weltweite Hungerkatastrophe?

Infoveranstaltung

[www.stadt-koeln.de/6/veranstaltungskalender/00924](http://www.stadt-koeln.de/6/veranstaltungskalender/00924)

**13. Februar 2009, Hamm, Forum für Umwelt und gerechte Entwicklung e.V.**

"Brot oder Sprit?",

Podiumsdiskussion

[www.fuge-hamm.de/fuge\\_verkalender.htm](http://www.fuge-hamm.de/fuge_verkalender.htm)

---

Herausgeber:

VENRO

Projekt „Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung“

Chausseestr. 128/129

10115 Berlin

Tel.: 030/280 466-70 / -71

Fax: 030/280 466-72

E-Mail: [berlin@venro.org](mailto:berlin@venro.org)

Internet: [www.2015.venro.org](http://www.2015.venro.org)

Redaktion: Claus Körting & Merle Bilinski (V.i.S.d.P.)

Mitarbeit: Anna Marquardt

*Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*